

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für  
Veranstaltungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der  
Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Was die Stunde fordert

Ueber die Schwelle des neuen Jahres haben wir hoffnungsfroh den Fuß gesetzt. Das alte Jahr den geistigen Zusammenbruch des marxistischen Sozialismus. In unzählige Richtungen und Parteien zerstückelt, sah er sich unfähig, die in der Revolution sich selbst gestellte Aufgabe zu meistern und trat insorgelassen wieder ab von der politischen Macht. Um so hoffnungsfreudiger blicken wir und mit uns weiteste Kreise des deutschen Volkes auf die christlich-nationale Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. In dem Kampfe für ihre Grundzüge und Ideale auch im neuen Jahre alle Kraft einzusetzen, das soll unser Ziel sein in dieser Stunde.

Unsere christliche Gewerkschaftsbewegung hat im Jahre 1920 durch unermüdete Arbeit ihren Einfluß auf das öffentliche und wirtschaftliche Leben in erfreulichem Maße verstärkt. Wir brauchen nur an den so glänzend verlaufenen zehnten christlichen Gewerkschaftskongress und das Echo, das er in der Öffentlichkeit gefunden, zu erinnern. Der Kongress war schon an sich eine Tat! Sein Ideenreichtum wird noch lange die öffentliche Meinung beschäftigen und, so hoffen wir, befruchten. Die schöpferische Arbeit des Kongresses muß ausgewertet, die gegebenen Richtlinien müssen von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaftsbewegung restlos befolgt werden.

Für die Interessen der Bauarbeiter und die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft werden wir auch im neuen Jahr uns mit aller Entschiedenheit einsetzen. Dabei wollen wir nicht verkennen, daß oberstes Gesetz im Wirtschafts- und Volksleben, und also auch in der Vertretung der Standes- und Berufsinteressen, die Rücksicht auf das allgemeine Wohl des Volkes sein muß. Das ist's, was wir unter christlichem Gemeinschaftsgeist verstehen: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Der Klassenkampf, auf dessen Boden auch die „freien“ Gewerkschaften stehen, verneint dieses Gesetz, er ignoriert das christliche Hauptgebot und setzt an die Stelle von Gerechtigkeit und Liebe die Macht und Willkür, wenn nicht schon in der Absicht, dann jedenfalls in der Wirkung.

Der christliche Bauarbeiterverband und die gesamte christliche Arbeiterbewegung lehnen den Klassenkampf ab und stellen sich damit bewußt in Gegensatz zur sogenannten proletarischen Klassenkampftheorie der Sozialdemokratie. Wir tun dies aus der mächtigsten Erwägung heraus, daß alle noch so energiegelassen Interessensvertretung des einzelnen Standes nichts nützt, wenn die Volksgesamtheit nicht leben kann. Dem Arbeiterstand, als dem zahlenmäßig stärksten Stand, kann es auf die Dauer nur dann gut gehen, wenn es der Allgemeinheit gut geht. Allgemeiner Volkswohlstand und wahrer Kulturfortschritt sind aber niemals das Verdienst eines einzelnen Standes oder einer einzelnen Klasse, sondern sie setzen das harmonische Zusammenwirken aller Volksglieder voraus. Deshalb darf nicht Kampf der Klassen gegeneinander, sondern Ausöhnung der Klassen muß das zu erstrebende Ziel sein. Ohne Ausgleich der widerstreitenden Klasseninteressen und Ständeversöhnung kein wirklicher Wiederaufbau Deutschlands.

Wenn diese Gedanken sich durchsetzen sollen, dann bedarf es der Selbstbestimmung und Umkehr unseres Volkes in allen seinen Schichten. Auch wir christlichen Bauarbeiter müssen uns fragen: Was gebietet die Stunde?

Da wäre vor allem zu betonen, daß eine verstärkte Agitation in allen Berufen unseres Gewerbes zur Förderung und Stärkung unseres Verbandes einzuwirken muß. Einmal ist ein harter christlicher Bauarbeiterverband heute notwendiger als je, andererseits kann die Gleichstellung der Arbeiterschaft mit den übrigen Ständen nur durch eine starke christliche Arbeiterbewegung verwirklicht und dauernd gesichert werden. Die innere Zersetzung der freien Gewerkschaften schreitet ständig fort. Ihre innere Geschlossenheit und Einheitslichkeit ist längst dahin, sie sind vielfach zum Tummelplatz von Demagogen geworden, die dort ihre wütenden

partei politischen Kämpfe austragen. Die kommunistischen Keimzellen tun ihre Wirkung, das ist unverkennbar. Es gibt Unternehmer, die diese Entwicklung nicht ungern sehen. Glauben sie doch, und das nicht mit Unrecht, daß sie mit einer nach Moskauer Rezepten zugeschnittenen Gewerkschaftsbewegung leichteres Spiel haben, als mit einer solchen, die fest auf dem Boden der Wirklichkeit steht. Es muß beachtet werden, das dann mit den überspannten Forderungen des Kommunismus auch berechtigten Interessen der Arbeiter unter die Räder kommen. Gegen die hier drohenden Gefahren bietet eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung den besten Schutz. Auch im Interesse der deutschen Gewerkschaftsbewegung selbst und schließlich unseres ganzen politischen Lebens müssen wir mit aller Kraft für die Stärkung unserer Bewegung eintreten. Wären die christlichen Gewerkschaften beseitigt oder auch nur geschwächt, dann wären die Wege für alle revolutionären und extrem-radikalen Bestrebungen frei. Deshalb richtet sich auch der Haß dieser Leute am meisten gegen uns. Je wütender sie uns bekämpfen, um so unentwegter und entschlossener wollen wir eintreten für unseren christlichen Bauarbeiterverband und auf seine Stärkung bedacht sein. Das ist die beste Abwehr.

Neben der Gewinnung der Unorganisierten muß sich unsere Werbearbeit besonders nach zwei Richtungen betätigen: Einmal müssen die Falschorganisierten für unseren Verband gewonnen werden. Hunderttausende, wenn nicht Millionen gut christlich gesinnter Arbeiter gehören heute den „freien“ Gewerkschaften an. Sehr oft ist terroristischer Druck, manchmal aber auch die leider immer noch nicht ganz überwundene Revolutionspsychose die Ursache des Beitritts gewesen. Diese Falschorganisierten müssen restlos für uns zurückgewonnen werden. Zu erreichen ist dieses Ziel nur in angestrengter, zäher Kleinarbeit. Die Vorarbeiten müssen unverzüglich in Angriff genommen werden. Ein Verzeichnis all jener, die innerlich zu uns gehören, aber noch in sozialdemokratischen Verbänden organisiert sind, muß aufgestellt und dann sofort mit der Aufklärungsarbeit begonnen werden. Aber nur Ausdauer führt zum Ziel.

Wenn alle Ortsgruppen und Verwaltungsstellen nur einige oder einige Duzend Mitglieder gewinnen, gibt das in jedem Bezirk hunderte, ja tausende, im ganzen Verbands zehntausende neuer Mitglieder.

Dann müssen wir der Gewinnung der Jugend künftig ein ganz anderes Gewicht beilegen, als das im letzten Jahre der Fall war. Es muß eine der Hauptaufgaben im neuen Jahre sein, eine möglichst große Anzahl von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern für uns zu gewinnen. Ohne jugendlichen Nachwuchs ist jede Organisation sehr bald auf den Aussterbeetat gesetzt. Der Jugend von heute ist eine große Aufgabe gestellt. Bei ihr liegt die zukünftige Wohlfahrt des arbeitenden Volkes, auf sie gründen sich alle heißen Hoffnungen, die auf eine hellere, freundlichere Zukunft unseres Volkes vertrauen. Dann kann es uns nicht gleichgültig sein, in welchem Geiste diese Jugend erzogen wird. „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft.“

Erkennen, was die Stunde von uns fordert, das ist's, worauf es jetzt ankommt. Soll freudiger Hoffnung sehen die Festen unseres Volkes auf uns, erwarten, daß wir einen Weg aus dem Wirrwahl unserer Lage bahnen. Wir werden diese Hoffnungen nicht enttäuschen, wenn der Geist idealer Kampf- und Opferbereitschaft uns befeuert, wenn wir ganz aufgehen in der Mission, die die Geschäfte uns gestellt hat. „Ein Herz für alle und alle für einen.“ Mit dieser alten Bauarbeiterbeweise gehen wir ans Werk.

**Am besten machst du gleich  
Dein Ding im Anfang recht:  
Nachbesserung macht oft  
Halbgutes völlig schlecht.**

### Haupttarifamt f. d. B.

Sitzung vom 17. und 18. Dezember 1920

Antrag 314. Entlassung des Baudelegierten bei Arbeitsverminderung. (Berufung des Arbeitgeberverbandes Pommern gegen eine Entscheidung des Tarifamtes Stettin.) Entscheidung: Die Berufung wird abgewiesen, da die Entscheidung des Tarifamtes nur auf den Einzelfall, nicht aber auf eine grundsätzliche Entscheidung abgestellt ist.

Antrag 315 betrifft die gleiche Sache. Der Arbeitgeberverband Pommern beantragt genaue Auslegung des § 7 Ziffer 9 des Reichstarifvertrages durch das Haupttarifamt. Von den Bauarbeitern würde verlangt, daß der Baudelegierte unbedingt bis zur Fertigstellung der Arbeiten beschäftigt würde. Das sei aus betriebstechnischen Gründen sehr oft nicht durchführbar und auch aus sozialen Gründen abzulehnen. Grundsätzliche Entscheidung: Die Bestimmung § 7 Ziffer 9 („Das Amt des Baudelegierten erlischt ohne weiteres, wenn die Arbeit auf der Baustelle, für die er bestellt ist, sich ihrem Ende nähert oder sobald sie beendet ist“) ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Die Annahme, daß ein Baudelegierter unbedingt bis zum Ende der Arbeit beschäftigt werden muß, ist unzutreffend.

Antrag 322/328. Werkzeugzulage in Emden und Oldenburg. Der Zimmererverband als Antragsteller legte schriftliche Erklärungen der örtlichen Parteien vor, wonach diese die endgültige Regelung der Werkzeugzulage dem Haupttarifamt übertragen. Entscheidung: Das Gehaltsgeld von 3 Pfg. für Maurer und 5 Pfg. für Zimmerer ist auch in Emden und Oldenburg zu zahlen. Dieser Schiedsspruch ist verbindlich, falls nicht von den örtlichen Arbeitgeberverbänden bis zum 31. Dezember 1920 beim Vorsitzenden des Haupttarifamtes ihre Unterschriften unter den vorgelegten Erklärungen angefordert werden.

Antrag 330. Einbeziehung der Kreise St. Goarshausen und Unterlahn in den Bezirkstarif für Mitteldeutschland. Das Haupttarifamt hatte schon früher entschieden, daß zwecks Beilegung der Streitigkeit örtlich verhandelt werden sollte. Der Unparteiische, Dr. Jiller-Frankfurt, berichtete, daß von den Bauarbeitern abgelehnt worden sei, in Verhandlungen einzutreten, da für sie eine Streitigkeit nicht bestehe. Er ist der Meinung, daß die Verhandlungsbereitschaft von einer Partei nicht verweigert werden dürfe, nachdem das Haupttarifamt die Parteien zum Verhandeln verpflichtet habe. Entscheidung: Die Parteien sind verpflichtet, über die Streitfrage zu verhandeln. Weiter der Verhandlungen ist Herr Dr. Jiller, der Zeit und Ort der Verhandlung bestimmen wird.

Antrag 333 des Arbeitgeberverbandes Halle auf grundsätzliche Entscheidung zu § 7 Ziffer 9 des R. T. V. Der Streitfall — Entlassung eines Baudelegierten — hat nur der Schlichtungskommission, nicht auch dem Tarifamt vorgelegen. Entscheidung: Der Antrag wird an die Schlichtungskommission zurückverwiesen unter Zugunahme auf die Entscheidung zu Antrag 315.

Antrag 334 — Lohn- und Arbeitstarif Riegenrad — wurde vom Antragsteller (Arbeitgeberverband Nordbavern) zurückgezogen, da eine Einigung erfolgt sei.

Antrag 335. Verbindung des Delegiertenausschusses mit dem Angestelltenrat zu einem Gesamtbetriebsrat. (Antragsteller Arbeitgeberverband Südbavern.) Die Firma Holzmann u. Co. hatte die beantragte Verbindung des Delegierten-Ausschusses mit dem Angestelltenrat zu einem Gesamtbetriebsrat abgelehnt. Das Tarifamt München hatte die Bildung eines gemeinsamen Betriebsrates der Arbeiter und Angestellten für zulässig erklärt, mit der Begründung, daß im Reichstarifvertrag für das Hochbaugewerbe keine Bestimmung enthalten sei, die die Wahl und Aufstellung eines gemeinsamen Betriebsrates, der nach dem Betriebs-

zulegefallig möglich ist, unterlag. Gegen diese Entscheidung hatte der Südbayerische Arbeitgeberverband Berufung beim Haupttarifamt eingelegt. Eine Entscheidung wurde von diesem nicht gefällt. Mit Rücksicht auf die verfahrensmäßige Fassung der in Frage kommenden Bestimmungen in dem N. L. B. für das Baugewerbe (§ 7 Ziffer 2) und im N. L. B. für das Tiefbaugewerbe (§ 8 Ziffer 2) kamen die Parteien überein, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Tiefbau nochmals über die tarifvertraglichen Vereinbarungen über Arbeitsverteilung und ihre Anwendung auf das Betriebsbedingtes Gesetz zu verhandeln. Die Angelegenheit mußte daher vertagt werden.

Antrag 336. Lohnstratigkeit bei der Firma Wölle am Walchenseelkraftwerk. Es handelt sich darum, ob eine Arbeit als Stollenarbeit oder nur als Schachtarbeit zu bezahlen ist. Das Tarifamt München hatte entschieden: Die Firma Wölle ist verpflichtet, für die Arbeiten in der Vorkammer, unter Zugrundelegung der für die Stollenarbeit vorgesehenen siebenstündigen Arbeitszeit, die achte Stunde nachzubehalten. Das gleiche gilt für die Arbeiten in dem eigentlichen Stollen, und zwar vom Scheitel des Stollens aus; dagegen ist der Verbindungsschacht zwischen Vorkammer und Tiefstollen als Schachtarbeit zu betrachten. — Dieser Entscheidung wollte sich die Firma nicht fügen, sie beantragte Entscheidung durch das Haupttarifamt. Entscheidung: Die Berufung wird als unzulässig verworfen.

Antrag 337, die Entlassung eines Baubelegierten betreffend, wird auf Wunsch des Antragstellers (Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin) vertagt.

Allgemeines: Anwendung des § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 auf das Baugewerbe. Diese Verordnung schreibt bekanntlich vor, daß, ehe Arbeiter entlassen werden dürfen, eine Stellung der Arbeit vorgenommen werden muß. Das Kartell der Arbeitgeberverbände in den Baugewerben Groß-Berlins hat nun in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium hinsichtlich dieser Verordnung eine Sonderregelung für das Baugewerbe beantragt. Das Haupttarifamt war hierzu vom Reichsarbeitsministerium zu einer gutachtlichen Äußerung aufgefordert worden. Die Arbeitgebervertreter im Haupttarifamt hielten eine Sonderregelung nicht für nötig, sie verlangten aber Richtlinien für die Schlichtungsausschüsse, die die besonderen Verhältnisse des Baugewerbes und besonders der Bauuntergewerbe berücksichtigen. Die Arbeitnehmervertreter lehnten diese Richtlinien als überflüssig ab, da der Reichsarbeitsvertrag bereits alle die Sicherungen enthalte, auf die die Arbeitgeber Gewicht legen. Da also eine einheitliche Stellungnahme des Haupttarifamtes nicht zu erzielen war, sollen die Meinungen der Parteivertreter dem Reichsarbeitsministerium als Material mitgeteilt werden. Einig waren sich die Parteien darüber, daß die Schlichtungsausschüsse bei ihren Entscheidungen die tarifvertraglichen Bestimmungen (§ 2 Abs. 2 des N. L. B.) zu beachten haben.

Bezahlung der Regenstunden. Der Vorstand des Tarifamtes Essen fragt beim Haupttarif-

amt an, ob für die Bezahlung von Regenstunden der N. L. B. für das Baugewerbe oder der N. L. B. für das Tiefbaugewerbe anzuwenden ist. Die Vertreter des Arbeitgeberbundes gaben eine Erklärung ab, wonach sie auf dem Standpunkt stehen, „daß auch bei Hochbauten die günstigeren Bestimmungen des Reichstarifvertrages für das Tiefbaugewerbe anzuwenden sind“. Gleichzeitig richteten sie folgende Frage an das Haupttarifamt: „Ist der Deutsche Bauarbeiterverband, bzw. der Zentralverband christlicher Bauarbeiter und der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer verpflichtet, die Vertragsverletzungen (Reichstarifvertrag § 1, 2 und Muster zum Lohn- und Arbeitsstufen § 1, 2), deren er sich durch Gewährung abweichender Bestimmungen an den Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes in dem Reichstarifvertrag für das Tiefbaugewerbe und in seinem Bezirkstarif schuldig gemacht hat, durch nachträgliche Vereinbarungen mit dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu beseitigen?“ Die Arbeitervertreter lehnten es entschieden ab, zuzustimmen, daß im Hochbaugewerbe die Regenstunden nach dem Tiefbauvertrage entschädigt würden. Nach längerer Aussprache einigten sich die Parteien dahin, daß in einer gemeinsamen Verhandlung mit dem Tiefbau nochmals ein Ausgleich der abweichenden Bestimmungen in den beiden Reichstarifverträgen versucht werden soll. Diese Verhandlung findet am 10. Januar 1921 statt.

### Materialbeschaffung in der Bauproduktionsgenossenschaft

Nächst der Kapitalbeschaffung und Finanzierung unserer Produktionsgenossenschaften beansprucht die Frage der Materialbeschaffung unser größtes Interesse. Es ist leicht möglich, daß infolge eines gewaltigen Druckes des organisierten Unternehmertums die Baumaterialienhändler den Genossenschaften keine Baustoffe liefern werden. Man wird zur daran tun, von vornherein dieser Möglichkeit ins Auge zu sehen.

Allerdings wird man damit rechnen können, daß heute mehr denn je zuvor, das Streben weitefter Kreise darauf geht, Gewinne zu erzielen, ganz gleich auf welchem Wege und mit welchen Mitteln. So wird man auch in einem solchen Falle der Materialsperrre am meisten fürchten, daß dieser oder jener Baustoffhändler sich den Teufel um die Person seiner Abnehmer schert, wenn er nur ordentlich verdienen kann. Trotzdem ist es wichtig, eine mögliche Materialsperrre in die Berechnungen einzubeziehen und eine entsprechende Klausel in den Bauvertrag aufzunehmen, um für diesen Fall die Frist der Fertigstellung hinauszuschieben. Schließlich bliebe ja auch noch der Ausweg, daß die Auftraggeber das Baumaterial auf ihre Rechnung zugunsten der Genossenschaft oder auf ihren Namen für Rechnung der Genossenschaft kaufen könnten. Im übrigen erscheint es unwahrscheinlich, daß sich die Unternehmer im großen an ein im höchsten Grade unsoziales und noch dazu für sie überaus gefährliches Experiment wagen werden.

Wer wird denn in den nächsten Jahren überhaupt in der Lage sein, als Bauherr aufzutreten? Wie wir schon mit unserem bisherigen Laienverständnis fest-

stellen können, wird die Lenkung sicherlich in den nächsten Jahren anhalten. Dadurch wird die private Bautätigkeit auch weiterhin lahmliegen. Nur die gemeinnützigen Baugenossenschaften werden mit Hilfe öffentlicher Mittel bauen können. Von Bedeutung wird noch der Siedlungsverband für Bergarbeiterwohnungen sein. Daneben sind vielleicht noch einige Bauaufträge für Staat und Kommunen, etwas mehr für die Industrie zu erwarten. Der private Wohnungsbau fällt aus. Da können wir schlecht annehmen, daß Baustoffindustrie oder Handel so kurzfristig wären, zwecks Zertrümmerung der Produktionsgenossenschaften — dem privaten Unternehmertum zuliebe — den so notwendigen Wohnungsbau zu sabotieren. Eine solche Handlungsweise wäre dazu noch überaus unklug, da sie die Aufmerksamkeit der von einem friedlichen Kapitalismus bedrängten Bevölkerung sehr leicht auf die Sozialisierung der Baustoffbetriebe hinlenken könnte.

Im Laufe der Zeit haben wir gute Unterstützung zu erwarten von der zu errichtenden Arbeiter- und Genossenschaftsbank. In den ersten Jahren wird sie wohl allerdings beim besten Willen nicht in der Lage sein, allen an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Denken wir nur an den gewaltigen Kapitalbedarf der von uns Arbeitern schon gegründeten und notwendig weiter auszubauenden Konsumvereine! Soll dann dieses neue Bankunternehmen auch noch gleich mit Krediten und sogar Hypotheken helfend einspringen, so dürfte der Bogen leicht überspannt werden.

Würde allerdings die gesamte organisierte Arbeiter- und Beamtenchaft von dem Geiste einer wirklichen Gemeinwirtschaft durchdrungen sein, und würde sie ihre Spargroschen restlos dem neuen Unternehmen in Form von Anteilen oder Spargeldern (Depositen) zur Verfügung stellen, so wäre gewiß viel zu erreichen. Dann wäre es m. G. sogar ein leichtes, die Baustofffabrikation durch die Bank finanzieren zu lassen. Doch das sind Ausblicke in die Zukunft, die sich im Handumdrehen nicht verwirklichen lassen.

Es dürfte sich empfehlen, zum Zwecke der Materialbeschaffung die Produktionsgenossenschaften eines Bezirkes oder einer Provinz zusammenzuschließen, um diese Dinge zentral von einer Stelle aus zu regeln.

Dieser Interessenverband, der gleichzeitig ein Revisionsverband sein könnte, müßte vor allen Dingen den vorteilhafteren Großeinkauf der Baustoffe regeln. Die Finanzierung dieses „Verbandes der Produktionsgenossenschaften“ wäre die Aufgabe der zusammengeschlossenen Genossenschaften. Aus diesem oder neben diesem Verbande müßte eine G. m. b. H. mit der Aufgabe der Materialbeschaffung gebildet werden. Zur Beschaffung und Erhöhung ihres Betriebskapitals müßten dann die einzelnen Genossenschaften zu festen Beiträgen herangezogen werden. Die so angelammeten Kapitalien würden in einigen Jahren hinreichen, um die ersten Anfänge der Eigenproduktion auf dem Gebiete des Baustoffmarktes zu betreiben.

Man braucht hierbei nicht an den Bau von neuen Sägewerken, Ziegeleien, Kalkwerken zu denken. Wir können ganz ruhig klein und bescheiden anfangen. Haben wir Erfolg, Haupt Leitung und Organisation, werden wir bald die Erfahrung machen, daß es auch

### Dichter und Kesselschmied

Heinrich Lerch

Als Sohn eines Kesselschmiedes wurde Heinrich Lerch in H.-Stadthaus geboren. Der Mythos der Arbeit wurde ihm früh ins Blut gesaugt. Der Tag war für ihn das Leben der Erde und das kühnste Streben des Schmiedes in die Feder seiner Freiheit, waren seine Wunden und schmerzgequälte Schritte harte Schritte auf die Wege seiner Jugend. Einmal sprang keine Seele die Gesellen der Arbeit, sonst mit der unerschütterlichen Seite der niederschneidenden Ebene glühende Wanderschaft, und trat mit dem hohen, kühnen Kesselschmied ihre Träume zu den Sternen hinaus. Heinrich Lerch erlernte das Handwerk seines Vaters, und ging dann mit der Heimat, um fremde Länder und Menschen zu sehen, sah im Traum weitergebildet und mit jähem Jugendkraft die Heimat zu besichtigen. Er zog durch die Alpen und Süddeutschland bis nach Dalmatien, durch Weiden über die holländische Heide bis zur Küste, wieder durch Süddeutschland bis nach Wien, wo er einige Zeit in einer großen Maschinenfabrik arbeitete. Da zerbrach er an der Hitze und dem Staub, und er kehrte zurück nach H.-Stadthaus zurück und wurde im Herbst 1914 Soldat. Die unerschütterlichen Wunden der Champagnekämpfe gaben erschütternde Fäden in seine Seele. Der Tod ging an ihm vorüber, und jetzt kehrt er in der Heimat wieder an Kesselschmied und lebt das Leben der Arbeit täglich neu.

Lerch ist nicht durch die Schulen der Zeit geformt; alles, was er liest, hat er sich selbst aneignen müssen, verdaut er sich alles. So ist die Grundlage seines Weltbildes die eigene Anschauung des eigenen Lebens, die Anschauung der unmittelbaren Erdboden. Arbeit und Ueberlieferung sind ihm fremd, wie

denn auch die Stärke seiner Kunst darin liegt, daß sie mit dem lebendigen Menschen aufs innigste verbunden ist und aus ihm ihre Reize empfängt. In jedem neuen Gedicht, das er uns schenkt, lebt seine ganze Persönlichkeit.

Wenn wir Lerchs gesamte Werke übersehen, so ist es ein großer Gedanke, der wie eine Sonne seine Dichtungen durchstrahlt, durchglüht, und ihn zum wahren sozialen Dichter macht: der christliche Gedanke der Menschlichkeit. Für Menschen, die an den Maschinen stehen in diesen tausend Fabriken, sind deine Brüder; der feindliche Soldat, den deine Augen eben niederkickte, ist dein Kamerad und Genosse. Es hat mehr Dichter gegeben, die der besonderen Not des Arbeiterstandes ihre Verse widmeten. Sie zeigten aus dem Arbeiter, wie er in harter Fron den ganzen Tag mit der Maschine ringt, um sich den nötigen Lebensunterhalt zu verdienen, wie er abends, erschöpft und abgestumpft, seinen Sinn mehr hat für das Gute und Schöne; wie er sich nur geistig wühlt, mit der Arbeit seiner Hände den Herren die Leiden zu füllen, um selbst einander und immer zu werden und die Verachtung der Menschheit als Brandmal auf der Stirn zu tragen. Diese Dichtungen sind ein Schrei übermenschlicher Qual, eine Anklage der Gesellschaft, ein Ruf nach Erlösung. Nur die allerersten Gedichte Lerchs, die in Wien gedruckt wurden, bewegen sich in dieser Bahn. Der Ausgang in seiner ersten Gedichtsammlung: „Abgang des Lebens“ (Vollstreckungsverlag H.-Stadthaus) hat sich Lerch mit dem Arbeiterproblem auseinandergesetzt. Seine Seele befehrt die Maschine, was die Besten seines Volkes geleistet haben, macht sie zu ihrem geistigen Eigentum. Er sieht den Arbeiter hingerichtet in die produktive Weltwirtschaft, und weiß, daß die Menschheit ohne ihn nicht bestehen kann. Diese Erkenntnis des Wertes seiner Arbeit und seine religiöse Zukunft lehnen ihn das Wort „Proletariat von Gottes Gnade“. Das Ziel seines Lebens heißt nicht: heraus aus dem Arbeiterstande, sondern er hofft, „mit Gottes Hilfe ein Prolet sein und bleiben“ zu können. Die Erlösung des Arbeiters kommt bei Lerch nicht dann, wenn seine Hände mit Geld gefüllt sind, sondern wenn die Menschen sich beugen vor seinem Werk, in dem ein Stück seiner Seele lebt.

„Wenn einst die Welt dich und dein Tun versteht, bist du erlöst. Es kommt dein Tag, Prolet!“

Diese Auffassung von der Not des vierten Standes, die die geistigen Ziele über die materiellen stellt, ist es, die Heinrich Lerch mit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung verbindet, deren Ideal er einmal nennt:

„Als Arbeiter Mensch sein, der über sich die Gerechtigkeit fühlt und vor sich die Freiheit sieht, in dessen Herzen die Schönheit ist.“

Wir wollen den Dreiklang in Harmonie: Ein Leben in Arbeit, Schönheit und Liebe.“

Und sein Gedanke von dem Brudertum aller Menschen weitet seinen Blick für das Ganze und lehrt ihn, das Arbeitersein hineinzustellen in die Menschheit und den Weltplan Gottes:

„Ich spreche in mir: Nimm mich auf, du stolzer Strom, stolzer Strom bewogter Menschheit, du!“

Da kam das große Erlebnis des Weltkrieges, das Lerch mit der Kraft eines Naturmenschen an sich riß, um sich mit ihm auseinanderzusetzen. Das hürtenbebe Lied mit dem Refrain:

„Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen!“

machte ihn im ganzen Reiche bekannt. Nun folgte Liebes auf Liebes, die der Verlag Eugen Dieberichs in Jena unter dem Titel: „Deutschland!“ und „Herz! ausglühe dein Blut“, in zwei Bänden herausgegeben hat. Julius Bab nennt Heinrich Lerch „den Sänger des deutschen Krieges“. Mit vollem Recht, denn keiner der vielen Kriegsdichter hat den Sinn des Krieges so tief erfasst und verkündet. Es gilt nicht nur, die Heimat zu schützen und die deutsche Kultur der Welt zu erhalten, sondern Gott hält die von Kampf zermüllte Erde in seinen Vaterhänden, alle Menschen sind Brüder, die aus neuem Erlös werden sollen durch die Macht des Leidens, wie einst die Menschheit durch Christi Tod am Kreuz erlöst wurde:

„Und solange muß Weib und Mann den Weg des Leidens gehen, bis über Tod und Not hinweg kommt groß das Auferstehen.“

Der Brudergedanke ist auch der Mittelpunkt der Kriegsgedichte, die vom Leben und den Fäden zwischen Feld

noch privates Kapital gibt, das sich für unsere Untersuchungen interessiert. Inwiefern wir dieses unseren Genossenschaften dienstbar machen können, soll jetzt nicht erörtert werden, das wollen wir zwar nicht dem Zufall, aber der Zukunft überlassen.

Zunächst müssen wir daran denken, mit eigenem Kapital bestehende Werke aufzukaufen, soweit es sich um Werke einzelner Besitzer handelt. Bei Aktiengesellschaften muß es unser Bestreben sein, möglichst die Mehrheit der Aktien an uns zu bringen, um auf diese Art Einfluß zu gewinnen oder diese Werke ganz in unsere Hand zu bringen.

Unsere Betrachtungen werden bei den Kollegen das Empfinden geweckt haben, daß hier ein unendlich großes und wichtiges Gebiet wirtschaftlicher Betätigung vor uns liegt, eine schwierige Arbeit, an die wir aber herangehen müssen zum Segen und zum Heile unserer Arbeiterchaft und unseres ganzen Volkes.

Fr. Schm.

## Poliere und Schachtmeister im Verband

Auf unserem letzten Verbandstage ist bekanntlich die Reichsvereinigung der Poliere, Wert- und Schachtmeister endgültig gegründet worden. Diesen Schritt müssen wir christlichen Bauarbeiter von ganzem Herzen begrüßen. Die Ursachen, welche zu dieser Gründung führten, sind unseren Kollegen ja durch die „Baugewerkschaft“ bekannt und brauchen deshalb in diesem Zusammenhang nicht mehr erwähnt zu werden. Feststellen möchte ich nur, daß nicht nur die Zerspaltung der Poliere verschuldet haben, sondern jene Leute im Deutschen Polierbund, welche über die Köpfe der Mitglieder hinweg den Anschluß an die sozialdemokratischen Gewerkschaften tätigen. Nun, nachdem wir den Polieren in unserem Verbande ein eigenes Heim eingerichtet haben, muß es aber auch das Bestreben jedes Kollegen sein, sämtliche christlichen Poliere unserem Verbande, bzw. den einzelnen Sektionen der Poliere und Schachtmeister zuzuführen.

Denn es steht ungemein vielfach uns auf dem Spiel. Es wird nicht lange dauern, dann ist der „Deutsche Polierbund“ vollständig im roten Bauarbeiterverband aufgegangen. Die letzte Tagung des Bundes bewies zur Genüge, daß Stimmung dafür vorhanden ist. Der Zimmererverband beanprucht ja schon lange die Zimmerpoliere für sich. Demgemäß müssen wir unsere Maßnahmen treffen. Es ist klar, kein Mensch kann aus seiner Haut. Wir verlangen deshalb auch nicht von einem sozialdemokratisch gesinnten Polier, daß er unsere christlichen Ideale vertritt und fördert. Aber der letzte christlich denkende Polier und Schachtmeister muß für uns gewonnen werden. Es scheint mir, daß viele unserer christlichen Bauarbeiter sich der tiefgreifenden Bedeutung der Polierfrage für unseren Verband noch gar nicht bewußt sind. Ich frage: Wie würde es um unsere christliche Sache bestellt sein, wenn sämtliche Poliere und Schachtmeister im gegnerischen Lager ständen? Glaubt jemand, daß dann unsere Kollegen auf einer Baustelle noch Arbeit erhalten oder gehalten würden? Ich bezweifle dieses sehr. Die Erfahrung lehrt hier im Industriegebiet jeden Tag, daß, wenn der Polier oder Schachtmeister rot ist, seine Baustelle dementsprechend beeinflusst wird. Ich kann mit Material diesbezüglich jederzeit dienen. Und gerade darin liegt die große Gefahr für uns. Wir könnten noch so stark organisiert sein, hätten wir die Gelegenheit verfaßt, die auf unserem Boden stehenden Poliere und

und Heimat reden. Der Soldat, der auf Urlaub zu seinen Lieben fährt, schwört beim Abschied aus dem Schützengraben:

„Kamerad, was du nicht hast, das will ich auch nicht haben!“

Die Menschen, die Stille, der Trost und die Liebe der Heimat lassen wie eine Schuld auf ihm, wenn er der leidenden und kämpfenden Brüder da draußen gedenkt, und er muß sie deshalb lassen. Und all der Haß, das Grauen, der Haß des Krieges ist ihm nur ein Seg, den die Liebe geht; denn wenn sie so stark ist, das Grauen zu ertragen, wird sie Haß und Reid belegen und die ganze Menschheit zu einem Volk von Brüdern machen:

„Einmal schwingt die ganze Menschheit mit zu unsern Höhen auf, einmal gibt's kein Dort, kein Drüben! O, es kommt die heilige Stunde,

wo wir, alle miteinander, feiern einen Friedenstag. Einem Gott sind wir entsprossen; unser Gott, der heißt die Liebe!“

Wer nur die kantigen, himmelstürmenden Rhythmen der Kriegsgedichte Verich kennt, wird durch sein späteres Buch „Die ewige Frau“ (Salm-Verlag, Köln-Rippel) vor vollkommen Neues gestellt. Dieses Buch ist eine Sammlung tiefinniger, reiner Liebesdichtungen, die uns das keine Menschenum des Dichters in der Form kristalliner geschliffener Sonette enthüllen; mit Staunen sehen wir den Arbeiterdichter Verich diese klassische Form mit der Genialität und Sicherheit des Meisters handhaben und wissen: diesem Dichter gelingt alles, was er angreift, denn er schreibt nur, wenn das Genie in ihm dazu drängt. Sollte diese innere Stimme ihm eines Tages den Seg zum Drama zeigen, so wird Heinrich Verich auch auf diesem Gebiet Sieghaftes leisten: wir können alles von ihm erwarten, wir heften unsere Hoffnung an die Jahre der Führerschaft des Menschen und Dichters, der in Wahrheit von sich sagen kann:

„Denn ich bin eine von den Kraftgewalten, die Welt in sich und sich zu Welt gestalten.“

Anne Jacobl.

## Am 8. Januar ist der zweite Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig.

Schachtmeister für unsere Reichsvereinigung zu gewinnen, so würden wir unser eigenes Grab geschauelt haben. Unter diesem Gesichtswinkel gesehen, ist die Polierfrage für uns eine Existenzfrage geworden. Denken wir auch an unseren Nachwuchs, an unsere Lehrlinge, deren Zahl augenblicklich leider nicht sehr groß ist. Ohne Zweifel ging ein erheblicher Teil durch den Einfluß der Poliere für uns verloren. Wenn meist die Zukunft unseres Verbandes mit von der Polierfrage abhängt, müssen wir ihr unser ganzes Augenmerk widmen.

Gott sei Dank sind schon in Süddeutschland, Ostdeutschland und namentlich hier im Westen eine stattliche Anzahl Sektionen der Poliere und Schachtmeister ins Leben gerufen worden, und sie sind durchweg von einem frischen gewerkschaftlichen Geist erfüllt. Die bisher so erfolgreiche Verarbeitung muß nun mit aller Kraft fortgesetzt werden. Das wird in erster Linie das Werk der Poliere und Schachtmeister selbst sein müssen. Ihnen rufe ich zu: Kollegen, werbt mit aller Kraft für unsere gemeinsame Sache! Ihr habt durch den Eintritt in die Reichsvereinigung der Poliere und Schachtmeister im Anschluß an unseren Verband bewiesen, daß ihr euch nicht blindlings ins rote Lager führen laßt. Als ganze Männer habt ihr euch gezeigt, darauf dürft ihr stolz sein, und uns erfüllt es mit hoher Genugtuung. Jawohl, der christliche Idealismus ist auch im Zeitalter der revolutionären Welle noch nicht ausgestorben. Das habt ihr zur Beschämung manches unserer gleichgültig und lau gewordenen alten Mitglieder bewiesen. Ich bin auch fest davon überzeugt, ihr werdet nicht rasten noch ruhen, bis der letzte christlich gesinnte Kollege für unsere Reichsvereinigung gewonnen ist. Nun, wohlan Kollegen, wir alle wollen unsere Lebensaufgabe darin sehen, die Reichsvereinigung der Poliere, Wert- und Schachtmeister auf die Höhe zu bringen, die ihr in eurem eigenen Interesse und im Interesse unseres Verbandes zukommt.

Die erste Vorbedingung für ein erfpriechliches Zusammenarbeiten ist, daß auf der Arbeitsstelle ein freundliches Verhältnis zwischen Polier und Bauarbeitern hergestellt wird. Der Baudelegierte muß mit dem Polier und Schachtmeister Hand in Hand arbeiten. Der persönliche Verkehr muß sich in Formen bewegen, daß das gegenseitige Vertrauen gestärkt wird. Auch müssen unsere Kollegen bei der Gründung von Poliersektionen behilflich sein, indem sie Adressen sammeln und Versammlungen zustande bringen helfen. Die Reichsvereinigung der Poliere, Wert- und Schachtmeister ist noch ein junges Reiz an unserem Verband, dieses müssen wir hegen und pflegen, damit es sich zu einem mächtigen Zweige an unserem christlichen Gewerkschaftsbaum entwickelt. Nehmen wir also die Sache ernst und gehen munter und frisch an die Arbeit.

Dabei wollen wir uns stets von der Erkenntnis leiten lassen, daß die Zusammenarbeit mit den Polieren um so fruchtbarer sich gestalten wird, je entschiedener wir für die engeren Berufsinteressen der Poliere mit eintreten. Diese sind in der Vergangenheit graulich vernachlässigt worden, weil der Polierbund sich mehr als Gewerkschaftsverein, denn als Gewerkschaft fühlte. Was wir Bauarbeiter längst als einen selbstverständlichen Teil betrachten, nämlich ein geordnetes Tarifvertragsverhältnis, darum müssen die Poliere heute noch erbittert kämpfen. Wir Bauarbeiter sind die nächsten und natürlichsten Bundesgenossen der Poliere. Wird so eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und gegenseitiger Hilfsbereitschaft hergestellt, so werden dadurch die Polierinteressen wirksam gefördert und zugleich die Zukunft unseres Verbandes gesichert.

Kol. Einig, Hamm (Westf.).

## Allgemeines

**Christentum und Privateigentum.** Wir sind im christlichen Mittelstand nicht gewillt, eine solche Bahn zu beschreiten, und halten vom christlichen Standpunkt aus unbedingt an der Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit des Privateigentums fest. So schreiben in Nr. 4 die „Deutschen Mittelstandsblätter“:

Dazu bemerkt das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“:

Dieser Auffassung müssen wir widerstehen, damit die Mittelständler nicht glauben, in den christlichen Arbeitern in dieser Frage Bundesgenossen zu haben. Wir wollen hier weder für noch gegen die Sozialisierung reden. Auch gehen wir den „Deutschen Mittelstandsblättern“ ohne weiteres recht, wenn sie behaupten, das Wesen des marxistischen Sozialismus sei mit Christentum unvereinbar, eine Wahrheit, die Kollege Dr. Brauer auf dem Wiener Kongreß überzeugend nachgewiesen hat. Wogegen wir uns indessen entschieden wenden, das ist die Forderung, das Christentum verbiete unter allen Umständen jeden Eingriff in das Privateigentum. Es ist bisher noch niemandem gelungen, ein solches Verbot aus der christlichen Lehre zu herleiten, und in der Tat erhält das Christentum ein solches Verbot auch nicht. Dagegen gelten auch für das Wirtschaftsleben die ewigen und großen Grundsätze des Christentums von der Gerechtigkeit und von der Nächstenliebe. Wenn die Gerechtigkeit es erfordert, muß das private Eigentum eines einzelnen Staatsbürgers zugunsten der Gesamtheit angefaßt werden. Unser Streben geht dahin, die Gebote des Christentums Wirklichkeit werden zu lassen. Bei diesem Streben dürfen wir vor der Schranke des Privateigentums nur Halt machen, wo es geboten ist. Ueberall aber, wo es notwendig ist, müssen wir nicht trotz, sondern gerade wegen unseres christlichen Standpunktes Eingriffe in das Privateigentum fordern.

**Ärzte und Krankenkassen.** Die vereinigten Krankenkassenhauptverbände schreiben uns: „Die Re-

chungsberichtsperiode zwischen Ärzten und Krankenkassen können nicht durch Zwangsmaßnahmen aufgetragen werden. Die Erklärungen des Ärztevereinsbundes und des kürzlichen Ärzteverbandes, die jetzt durch die Tagespresse gehen, verurteilen daher keine Ermüdung. Da darin noch behauptet wird, die Ärzte seien auf dem allgemeinen Krankentagestag vor allem das Wort, seien folgende Feststellungen gestattet: Auf dem Krankentagestag ist nachgewiesen worden, daß die Ärzteschaft sich jedem Ausbau der sozialen Fürsorge entgegenstellt hat, durch den sie ihre materiellen Interessen bedroht meint. Sie lehnt die Erweiterung der Krankenversicherungspflicht ab und hat sie im Mai 1920 durch Generalstreik zu hindern gesucht. Sie verlangt den gesetzlichen Zwangs, bevor die Familienkrankenpflege eingeführt wird. Sie hat die Behandlung Tuberkulöser und Geschlechtskranker in den Fürsorge- und Beratungsstellen durch Boykottandrohung unterbunden. Mit dem gleichen Mittel verhindert sie die Behandlung der Schulkinder durch Schulärzte, die Behandlung der Säuglinge in den Säuglingsfürsorgestellen. Ebenso ergeht es den Krankenkassen, wenn sie zur Verbesserung der Krankheitserkennung und der Anwendung neuer Heilmethoden eigene Anstalten einrichten wollen. Die Kassen verlangen nur Schutz vor den Streik- und Boykottandrohungen der Ärzte. Selbstabfindungen — und zwar ausreichende — sollen den Kranken nur bei Ärztestreiks gegeben, die jetzige Massenbehandlung durch Neuorganisation des ärztlichen Dienstes beseitigt werden.“

**Förderung des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener.** Der Essener Gewerkschaftskongreß nahm folgende Entschliessung an: „In Erwägung, daß Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene... eine mit ihren Familienangehörigen rund zehn Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands ausmachen, kann es der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein, welchen Organisationen die Kriegsoffer angehören. Allen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften, welche Kriegsbeschädigte oder Kriegshinterbliebene sind, empfiehlt der 10. Kongreß dringend, sich nur dem Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen anzuschließen. Organisationen, welche der kommunistischen Internationalen Liga der Kriegsteilnehmer angehören oder mit ihr in Beziehung stehen, und die kommunistischen oder sozialistischen Charakter tragen, darf kein Mitglied der christlichen Gewerkschaften angehören. Die Mitgliedschaft bei dem parteipolitisch und religiös neutralen Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, dem schon zahlreiche christliche Gewerkschaftler angehören, kann hingegen unbedingt erworben werden. — Allen Angehörigen und Vertrauensleuten der Bewegung wird die Förderung des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nahegelegt.“

**Aufbau eines gewerkschaftlichen Jugendauschusses.** Der X. Kongreß der christlichen Gewerkschaften faßte folgenden Beschluß:

„Im Gesamtverband wird zur Unterstützung des Jugenddelegierten ein Jugendauschuss gebildet, dem Vertreter der angeschlossenen Verbände aus möglichst allen Reichsgebieten angehören sollen. Ihm obliegt die Förderung aller dem Jugenddelegierten übertragenen Aufgaben, insbesondere die planmäßige Werbung und Schulung der Jugendlichen und deren Vertretung gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit. Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Jugendauschuss in den Ländern und Provinzen Unterausschüsse einsehen.“

**Prokuristen für Genossenschaften.** Der im Reichstag von dem Abgeordneten Schlaß, dem Direktor des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine (Düsseldorfer Reichsbezirk), eingebrachte Antrag, betr. Änderung des Genossenschaftsgesetzes, hat allgemein Anklang gefunden. Unter den Vorschlägen des Verbandes befindet sich auch die Bestellung von Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten für Genossenschaften. Bekanntlich konnten die Genossenschaften bisher keine Prokuristen usw. bestellen. Man hatte dieses Verbot in das Gesetz aufgenommen, weil man glaubte, daß für die Genossenschaften mit Rücksicht auf den im Verhältnis zu Aktiengesellschaften geringeren Umsatz ihres Geschäftsbetriebes kein Bedürfnis vorhanden sei, neben dem Vorstände noch Bevollmächtigte mit so umfassenden Befugnissen, wie jene der Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten, aufzustellen. Ueber diese Ermägung sind viele große Genossenschaften hinausgewachsen. Insbesondere gilt dies, abgesehen von Zentralgenossenschaften, von den großen Konsumgenossenschaften. Genossenschaften von mehr als 10.000, Konsumvereine von über 50.000 Mitgliedern mit Millionenumsätzen, mit mehr als 100 Abgabestellen, sind keine Seltenheit mehr. In ihren verzweigten, umfangreichen Betrieben wird es oft empfunden, daß nicht genug Zeichnungsberechtigte vorhanden sind. Gewöhnlich besteht der Vorstand aus höchstens drei Mitgliedern. Eine größere Zahl erschwert den Geschäftsgang. Sind infolge Geschäftsbefordrungen oder aus sonstigen Gründen Vorstandsmitglieder abwesend, so bleiben Verlegenheiten nicht aus. Hier hilft das Gesetz der Entwicklung der Verhältnisse nach. Seine Anpassung an die Zustände, wie sie sich herausgebildet haben, erscheint geboten.

## Konsumgenossenschaften und Wirtschaftshilfe der Gewerkschaften

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine teilt uns mit: In einer vom Betriebsrat des Konsumvereins „Wohlfahrt“ Essen einberufenen Betriebsversammlung wurde nach einer gründlichen Aussprache folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 7. November im katholischen Gesellschaftshaus G.-Altenessen stattgefundene Betriebsversammlung des Konsumvereins „Wohlfahrt“ erhebt einstimmig Protest gegen die in letzter Zeit überhandnehmende

**Warenvermittlung der Arbeitervereine.** Die Warenvermittlung der Arbeitervereine ist ein sehr wichtiges Geschäft. Sie ist die Grundlage für die Versorgung der Arbeiter mit den notwendigen Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen. Die Arbeitervereine müssen sich bemühen, die Waren zu den besten Preisen zu beschaffen und sie zu den günstigsten Preisen an die Arbeiter zu verkaufen. Dies ist eine wichtige Aufgabe, die die Arbeitervereine zu erfüllen haben. Sie müssen sich bemühen, die Waren zu den besten Preisen zu beschaffen und sie zu den günstigsten Preisen an die Arbeiter zu verkaufen. Dies ist eine wichtige Aufgabe, die die Arbeitervereine zu erfüllen haben.

Grundätzlich kann man dem nur zustimmen. Auch unser Verband hat auf seinem Verbandstage in Fulda eine Entschliessung angenommen, die zur energischen Förderung der Konsumvereine im Anschluss an den Reichsverband (Sitz Düsseldorf-Heisloh) auffordert. Die Gewerkschaften bzw. die Konsumvereine sind auch seit Jahren von führenden Kollegen unseres Verbandes praktisch gefördert worden.

Wenn trotzdem unser Verband an seiner Zentralstelle eine Wirtschaftshilfe eingerichtet hat, so geschah dieses aus zwingenden Gründen. Tatsache ist, daß die erwerbstätige Bevölkerung in Kleibern, Schönen und Wälsche vollständig abgerissen ist. Der private Produzent- und Händlergewinn kennt keine Grenzen. Die Läden sind unerschwinglich, besonders für Familienväter. Es ist bekannt, daß es in den allermeisten Familien seit Jahren an dem Allernotwendigsten fehlt, da Erbsparnisse gar nicht oder nur in unzureichendem Maße angehäuft werden konnten.

Unsere Konsumvereine beschränken sich aber fast ausschließlich auf die Versorgung ihrer Mitglieder mit Kolonialwaren, Lebensmitteln und dergl. Die Wirtschaftshilfe an unserer Zentralstelle will unsere Mitglieder mit fertiger Arbeitskleidung, Stoffen zu Sonntagsanzügen und besonders mit Wäsche und Schuhwaren versorgen, alles Dinge, welche von den Konsumvereinen zum allergrößten Teil nicht geführt werden.

Schon seit Jahren gingen aus unseren Mitgliederkreisen beim Zentralvorstand Forderungen ein, für billige Kleidung aller Art sorgen zu wollen, um so die Mitglieder vor der ärgsten Ausbeutung des privaten Produzenten- und Händlergewinns zu schützen. Unsere letzte Generalversammlung in Fulda beschloß auf Grund dieser Forderungen die Einrichtung einer Wirtschaftshilfe. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefasst, auch mit den Stimmen der seit Jahren in der Konsumvereinebewegung tätigen Kollegen. Bestimmend hierfür war besonders folgender Gesichtspunkt: Unsere Mitglieder verteilen sich auf das ganze Reich, und Entsprechende wohnen in kleinen Dörfern, während die Konsumvereine in manchen Gebieten noch gar nicht vertreten sind oder höchstens in den ersten Anfängen stehen.

Schließlich darf nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß durch die Wirtschaftshilfe der Gewerkschaften den Arbeitern Waren zugeführt wurden, welche im privaten Handel infolge der viel höheren Preise nicht gekauft werden können. Dadurch ist immerhin ein, wenn auch geringer Teil der deutschen Arbeiterschaft vor Arbeitslosigkeit bewahrt und die Menge der sowieso schon unproduktiven Hände nicht noch vermehrt worden.

Was ist alles: Wir vom christlichen Bauarbeiterverband glauben an unsere Wirtschaftshilfe den so dringend notwendigen Gewerkschaften bzw. Konsumvereinen nicht geschädigt, sondern gefördert zu haben. Wir bezahen uns auch unsere Wirtschaftshilfe nicht als eine beneidete Einrichtung, sondern als etwas Notwendiges, wie so mancher aus der Not der Zeit gelernt hat. Die Einkäufe und Posten sind hier gar nicht zu zählen. Gewerkschaften und Konsumvereine sollen und müssen in Zukunft noch mehr wie in der Vergangenheit sich gegenseitig ergänzen und unterstützen. Das so sind wir der festen Überzeugung, daß auch unsere Wirtschaftshilfe ein harter Verkäufer einer weiteren kräftigen Entwicklung unserer gewerkschaftlichen Schöpfung in den Konsumvereinen sein wird.

gang erzielten können. Man aber kann bei der Erhöhung von Lohnen, der eine Erhöhung des Stundenlohn von 70 Pf. vorlag. Die Vertreter haben beschlossen, sich mit den Unternehmern in Verbindung zu setzen, um aber diese Erhöhung ab mit der Begründung, daß die ländlichen Verhältnisse eine derartige Erhöhung nicht ertragen könnten, auch läge eine solche Erhöhung nicht im Interesse der Bauarbeiter. Daraufhin trafen die Kollegen in den Streit. Nach vierwöchentlichem Kampfe fand eine Verhandlung in Hildeswagen statt, in der nun die Unternehmer gewillt waren, die 70 Pf. für Maurer zu zahlen, jedoch nur 40 Pf. für Hilfsarbeiter, und zwar schrittweise ab 1. November. Kollege Wergenthal stellte folgende Forderung: 1. Reimscheider Lohn, also 8,80 bis 8,80 M für Hilfsarbeiter, Nachzahlung ab 8. Oktober, wie der Schiedspruch vorseht, und Wiederinstellung sämtlicher streikenden Kollegen. Unsere Forderung lehnten die Unternehmer ab.

In einer am demselben Abend stattgefundenen Versammlung beider Verbände wurde über den Gang der Verhandlung berichtet. Die Versammlung lehnte jedoch das Angebot der Unternehmer mit allen gegen drei Stimmen ab und besonders deshalb, weil für die Hilfsarbeiter nur 40 Pf. zugelegt werden sollten. Der Kampf ging also weiter. Der hartnäckige Standpunkt der Unternehmer ist leicht zu verstehen, wurde ihnen doch von dem Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Müller in Wipperfurth, dauernd der Rücken gestärkt, indem dieser bei einer Besprechung mit der Firma Schneid, bei der Müller beschäftigt war, erklärte: „Es sind hier ländliche Verhältnisse, man muß sich das schämen, daß man so lange hier im Streit steht usw.“ Während alle Kollegen bei Ausbruch des Streiks ihre Papiere abholten und auswärts Arbeit aufnahmen, hat Müller überhaupt nicht aufgehört. Während wir glaubten, daß Müller für die strikte Durchführung des Streiks mit sorgen würde, hat er sich um nichts gekümmert und wurde, trotzdem die Versammlung in Hildeswagen das Angebot der Unternehmer ablehnte, noch zum Streikbrecher. Aber er nicht allein, sondern ein ganzer Teil der sozialdemokratischen Bauarbeiter. Die Erregung unter unseren Kollegen ist daher verständlich. Sie waren gezwungen, in einer am Samstag, den 11. Dezember, stattgefundenen Versammlung zu der veränderten Streiklage Stellung zu nehmen. Unsere Kollegen mußten angesichts des roten Streikbrechs einsehen, daß für sie ein weiteres Streiken zwecklos war und beschloßen mit schwerem Herzen die Aufnahme der Arbeit.

In Hildeswagen geht der Kampf weiter. Auch dort spielt der Vorsitzende des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, Blumberg, eine eigenartige Rolle. Dieser gekehrte zwei Maurern bei der Firma Breidenbach weiterzuarbeiten, wo unsere Kollegen in den Streit getreten sind. Das Interessanteste ist nun, daß trotz des unolidarischen Verhaltens der Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der neugeborene Angestellte des D. B. V. für den Zweigverein Reimscheid (Heimbücher) in einer Versammlung gesagt hat, „wir haben für die Unterstützung der „Christen“ sorgen müssen, sonst wären sie schließlich Streikbrecher geworden“. Wie liegen die Dinge? In dem städtischen Baubetrieb in Reimscheid duldet man keine christlichorganisierten Bauarbeiter, und daher hat man die Leute des D. B. V. von Winterhagen weggenommen und nach Reimscheid in den städtischen Baubetrieb geschickt und unsere Kollegen haben dafür die Arbeit in Winterhagen aufgenommen. Diese Abmachungen hatten der Kollege Wolf und ich gemeinschaftlich getroffen. Es wäre mir auch gar nicht eingefallen, eine Silbe darüber zu reden oder zu schreiben, da aber jetzt Heimbücher den Dammern erzählt, das wäre gemacht worden, damit unsere Kollegen nicht Streikbrecher werden sollten, so muß doch hier der wahre Sachverhalt festgestellt werden. Unsere Kollegen von Hildeswagen sind echte Gewerkschaftler und lehnen es daher ab, in der Fußstapfen von Müller und Genossen zu treten. Wenn unsere Kollegen in Wipperfurth abbrechen wollten und keinen vollen Erfolg buchen können, so mögen sie sich bei den roten Streikbrechern dafür bedanken. Unsere Kollegen in Hildeswagen mögen festhalten an dem, was sie gelobt haben, nämlich: „Wir halten aus, bis der Kampf gewonnen ist.“ Wergenthal.

lung beizubringen hat. Das ad hoc Kommando ergriffen. Der Kommando ist sich zu sehr, denn seiner Veranlassung zeigte sich so sehr, daß Kommando unzulässige Befehle des Kommando. Ein Ausschuss wurde von dem Kommando mit nicht notwendig, dem Kommando fraglicher Veranlassung hatte ich meinen Ausschuss nicht erklärt und am 8. Mai die Gründung unserer Sektion vorgenommen. Erst durch Schreiben vom 31. Mai wurde mir der Ausschuss vom Ortsvereinsvorstand angegeben. Also fast einen Monat nach meiner Ausschussveranlassung kam die Sitzung des Ortsvereins mit meinem Ausschuss nachgeholt. Es scheint, daß die Sitzung des Ortsvereins etwas verzögert worden ist - oder es verzieht hinter dem Artikel die Angst und Sorge um das weitere Fortbestehen des Ortsvereins, dem auch W. K. nicht leugnen können, daß es in ihren Reihen stark bröckelt. Die Rechte unserer Mitglieder werden bei uns schon gewahrt und haben diese nicht nötig, sich bei dem Vorkommen über die Höhe des Lohnes zu erkundigen. Unseren Mitgliedern bleibt der tarifmäßige Lohn nicht vorzuenthalten, dafür sorgen wir schon allein und bedürft es keiner Anregung seitens des Bundes. Auch verpflichtet sich unsere Mitglieder nicht, die Besellenlohn zu arbeiten, wie verschiedene Mitglieder des Bundes. Das Standesinteresse und Standesbewußtsein bewahrt unsere Mitglieder davor, durch solches Tun ihre Kollegen und ihre eigenen Interessen zu schädigen.

Wenn mein Schreiben vom 2. November d. J., worin ich anfragte (nicht hat, mein lieber W. K.), ob der Polierbund in wirtschaftlichen Fragen mit unserer Sektion zusammengehen wolle, als Schwäche aufgefaßt wird, so beweist dies nur, daß dem Polierbund und auch W. K. die gewerkschaftliche Schulung und Erfahrung völlig fehlt, und sie deshalb für eine wirksame Interessenvertretung des Poliers ungeeignet sind. Für eine solche engbrüstige, gewerkschaftliche Auffassung wird selbst ein Teil der Mitglieder des Polierbundes kein Verständnis haben. Zwischen uns wird auch W. K. wohl erfahren haben, daß nicht nur der Polierbund, sondern auch unser Verband Mitglieder des abgeschlossenen Tarifvertrages ist. Der Artikel in der Bundeszeitung scheint auch nur zur Ablenkung dienen zu sollen, weil es in den Reihen um W. K. herum stark gärt und brodeln. Was mich anbetrifft, so darf W. K. sich beruhigen. Meine Mittelehr in die Reihen des Bundes wird er bestimmt nicht erleben - es mag aber sein, daß sein Wunsch der Vater des Gedankens ist. Mögen W. K. der besten schönen Drei gewahrt, und W. K. der Beihilfe geleistet hat, nur weiter im Sinne des Artikels arbeiten, dann besorgen sie die beste Agitation für unsere Sektion. Es werden dann am Anfang des neuen Jahres noch mehr Kollegen vom Bund unsere Reihen stärken. W. K. aber möge immer daran denken: Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen.

Gamm i. W. B. Pothhoff.

**Bekanntmachung**

Verwaltungsstelle Deynhäusen.

Am 13. Januar, nachm. 5 Uhr, Generalversammlung bei Wirt Wilmmeier, Subbahn Nienand darf fehlen.

**Sterbetafel.**

Am 6. November 1920 starb unser treues Mitglied Johann Schöpfer aus Wilhelm a. Rh. im 24. Lebensjahre an Lungenerkrankung. Verwaltungsstelle Köln.

Am 8. Dezember starb unser treues Mitglied Joseph Heße im Alter von 32 Jahren infolge Lungenerkrankung. Ortsgruppe Weingloh bei Hachen.

Am 14. Dezember starb unser treuer Kollege Willi Pleumann (Biegeleiarbeiter) im Alter von 18 Jahren. Zahlstelle Duisburg.

Am 15. Dezember starb nach kurzem, schwerem Leiden unser treuer Kollege Bartholomäus Madjaris infolge Lungenerkrankung und Brustentzündung im Alter von 41 Jahren. Da keine Frau vor 5 Monaten gestorben ist, hinterläßt der Kollege seine 72 jährige Mutter und vier unermündliche Kinder. Ortsgruppe Herbe (Westf.).

Am 20. Dezember starb unser lieber Kollege, der Maler Gustav Krebs im blühenden Alter von 25 Jahren an Lungenerkrankung. Verwaltungsstelle Gronau.

Am 23. Dezember starb nach schwermütlichem Leiden unser treuer Kollege Andreas Klüsch im Alter von 61 Jahren. Ortsgruppe Kerpen.

Es ereignet sich demnächst

Wir suchen in allen Orten des Saargebietes und der Pfalz geeignete Kollegen für die Agenturenübernahme des Deutschen Volks- und Feuer-Versicherung bei angemessenen Provisionen. Angedote an die Bezirksleitung Job. Gg. Gehring in Rohrloch (Pfalz) bei St. Ingbert erbeten. und Kunstanstalt, sämtlich in Berlin.

**Polier- und Schachtmeisterbewegung**

Polierbund und Untereisenbau

Was Gamm wird uns geschrieben: Unter dieser Überschrift bringt die Zeitung des Deutschen Polierbundes einen mit W. K., Gamm i. W., gezeichneten Artikel, der sich mit der Person des Kollegen Leopold (Wäcker) und meiner Person befaßt. Soweit das Geschriebene den Kollegen Leopold betrifft, will ich darauf nicht eingehen, das wird Kollege Leopold wohl selber besorgen, falls er es für notwendig hält. Es scheint, daß W. K. und auch der Ortsverein Gamm des D. B. V. sich erst jetzt vor ihrem Schreden, den die Gründung unserer Sektion im Mai d. J. bei ihnen hervorgerufen hat, erholt haben und sie nun in diesem Artikel ihre überwollen Herzen etwas erleichtern. Der Schlag war auch zu hart, als mit einem Male zwölf, und nicht die schätzenden, Kollegen ausstuden und unsere Sektion gründeten. Noch heute vermisse ich die Austrittserklärung dieser zwölf Kollegen in der Bundeszeitung. Es scheint, daß der Austritt so viele geworden sind, daß die Bundeszeitung keinen Raum mehr für solche Erklärungen hat und besorgt ist, der Hund möchte darüber in die Brüche gehen. Das Sachverhalte unserer Sektion auf 21 Mitglieder, der Uebertritt von drei weiteren Mitgliedern des Bundes zu uns vor einigen Wochen, scheint W. K. Paul bereits gemacht zu haben, wie sein wirres Geschreibsel beweist. In dem Artikel gibt er zu, was er in der fraglichen Versamm-

**Wirtschaftliche Bewegung**

Bezirk Köln

Wipperfurth. Die Bauarbeiter von Wipperfurth und Hildeswagen traten am 9. November in den Streit. Beide Städte gehören zum Vertragsgebiet Reimscheid, jedoch hat der Lohn dort 20 Pf. niedriger als in allen übrigen Städten des Vertragsgebietes. Die Unternehmer gehören dem Arbeitgeberverband nicht an, jedoch haben wir bei allen Lohnverhandlungen im Laufe des Jahres eine Verständ-